

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	IYSSE	
Datum	20.01.25	
Nr. und Datum der Sitzung	3. Sitzung	28.01.2025
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	5.9 SP-32/23	

I. Antragsgegenstand

Solidarität mit der Besetzung an der Alice-Salomon-Hochschule

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament erklärt sich solidarisch mit der studentischen Besetzung der Alice-Salomon-Hochschule und verurteilt das Vorgehen der Polizei sowie die Hetze in Politik und Medien gegen die Besetzung.

Am 6. Januar besetzten Studierende der Alice-Salomon-Hochschule das Audimax, um gegen den andauernden Völkermord im Gazastreifen und die Waffenlieferungen Deutschlands an Israel zu protestieren. Obwohl die rund 50 Studierenden die Auflage akzeptierten, nachts die Hochschule zu verlassen und dies auch friedlich taten, waren sie mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. Sechs Studierende wurden ohne Grund brutal festgenommen und Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Auch die Unileitung selbst hat mittlerweile 13 Strafanzeigen gestellt.

Gleichzeitig war die Besetzung begleitet von einer aggressiven Hetzkampagne in Politik und Medien. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) diffamierte die Besetzer als „vermummte und gewalttätige Antisemiten“ und in Zeitungsberichten wurden sie als „Terrorunterstützer“ bezeichnet.

Bereits die Besetzungen und Proteste an der Freien Universität und Humboldt-Universität im vergangenen Jahr wurden durch Polizeigewalt unterdrückt.

Polizei hat auf dem Campus nichts verloren und wird völlig zurecht als Bedrohung für die Meinungsfreiheit an den Universitäten empfunden. Gerade angesichts der deutschen Geschichte wenden wir uns entschieden gegen die staatliche Repression der Antikriegsopposition an den Universitäten und rufen alle Kommilitoninnen und Kommilitonen auf, die Studierenden der ASH und weitere Proteste gegen den brutalen Genozid an der Bevölkerung in Gaza zu unterstützen!

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

-

IV. Begründung

erfolgt mündlich

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

-

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

wilcktam@student.hu-berlin.de